

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zusätzlich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,50 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfach 110: Verlags-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 87536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

D-Zug stürzt in den Strom

Die Anzahl der Opfer glücklicherweise gering

Paris, 22. November.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich kurz nach Mitternacht zwischen Arcenis und Nantes unweit des Bahnhofes Dudon. Der Schnellzug Paris-Saint-Nazaire, der die französische Hauptstadt gegen 16 Uhr verläßt, entgleiste, die Maschine, zwei Packwagen und ein Personenwagen stürzten in die Loire, die zur Zeit starkes Hochwasser führt. Von Nantes eilte sofort ein Hilfszug an die Unglücksstelle. Bis zu den frühen Morgenstunden liegen noch keine genauen Einzelheiten vor, da die telephonischen Verbindungen zwischen der Unglücksstelle und Nantes unterbrochen sind. Man weiß jedoch, daß der Zug in voller Fahrt aus den Schienen sprang. Die Lokomotive fuhr noch einige Meter neben den Gleisen her, stürzte sodann um und rollte den Eisenbahndamm hinunter in die Loire, einen Personenwagen und zwei Packwagen zog sie hinter sich her. Sämtliche in den Fluß gefallen Wagen sind vom Wasser, das in der jetzigen Zeit einen äußerst hohen Stand hat, vollkommen bedeckt. Die Rettungsarbeiten, die schon wegen der herrschenden Dunkelheit sehr schwer sind, werden besonders dadurch behindert, daß die Wagen einige Meter tief unter dem Wasserpiegel liegen. Man nimmt daher mit Bestimmtheit an, daß sämtliche Insassen der ins Wasser gerollten Wagen ertrunken sind.

Ursache des Unglücks

Ist eine infolge der andauernden Regenfälle hervorgerufene Schienenfentung. Ein Angestellter des Bahnhofes Dudon, der diese Aufgabe selbstgeleitet hatte, eilte dem Schnellzug einige hundert Meter mit einer Lampe entgegen und machte verzweifelte Anstrengungen, den Lokomotivführer durch Lichtsignale auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Der Unglückliche wurde jedoch vom Zuge erfasst und zermalmt. Die Pariser Blätter sind sich darin einig, daß die Zahl der Toten und Verletzten erheblich sein soll. Lokomotivführer und Heizer befinden sich unter den Toten. In Nantes sind die ersten Opfer eingetroffen. Die Rettungsarbeiten werden mit größter Eile fortgesetzt.

Entgegen den anfänglichen Befürchtungen hat das Eisenbahnunglück bei Nantes, wie jetzt feststeht, nur ein Todesopfer gefordert, und zwar ist der Lokomotivführer in die Loire gestürzt und ertrunken. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden. Vier Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus von Nantes eingeliefert. Zehn Passagiere erlitten leichtere Verletzungen und konnten nach Anlegung von Rotverbänden ihre Reise fortsetzen.

Weitere Eisenbahnunfälle in Frankreich.

Paris, 22. November.

Zußer dem schweren Eisenbahnunglück bei Nantes ereigneten sich gestern in Frankreich noch drei weitere Eisenbahnunfälle. Im Bahnhof von Longueon stieß ein aus Nancy kommender Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Dabei wurden eine Frau getötet und drei Reisende schwerverletzt. — In der Nähe von Chartres entgleiste ein Schnellzug, von dem der Packwagen und ein Personenwagen eine 15 Meter hohe Böschung hinunterstürzten. Drei Eisenbahnbeamte und ein Reisender wurden schwerverletzt. — Schließlich entgleiste noch bei Mortagne im Departement Orne ein Zug beim Passieren einer Brücke. Die beiden letzten Unfälle sind wie das Unglück bei Nantes durch Gleisfentungen verursacht worden.

Faschistenpleite nach Mussolinis Ende.

Zündholzkrust findet Italien-Anleihe zu riskant.

Paris, 22. November. (Eigenbericht.)

Wie das „Devo“ zu berichten weiß, hat sich Italien in seiner Finanznot an den schwedischen Zündholzkrust um eine Anleihe gewandt. Der Zündholzkrust wiederum hat durch die schwedische Regierung eine Enquete unternehmen lassen, um auf die Frage eine Antwort zu bekommen, welchen Wert ein Abkommen mit der faschistischen Regierung nach einem Sturz Mussolinis haben könnte. Zahlreiche führende Persönlichkeiten der antisfaschistischen Bewegung in Paris sind sondiert worden.

Staatskommissar für Berlin

Befugung der neuen Steuern bereits nächste Woche

Die Finanzlage der Stadt Berlin hat sich durch die von Tag zu Tag anwachsenden Wohlfahrtslasten so verschlechtert, daß nach Ansicht der verantwortlichen Stellen die umgehende Schaffung neuer Einnahmequellen zwingende Notwendigkeit ist. Bekanntlich beträgt das Defizit Berlins bereits über neunzig Millionen, neue Einsparungen sind nicht mehr möglich, und selbst wenn ein größerer Betrag auf das neue Haushaltsjahr übernommen wird, bleiben rund 30 Millionen Mark durch neue Steuern zu decken. Es muß jetzt als sicher betrachtet werden, daß die Staatsregierung entschlossen ist, einen Staatskommissar mit der Festsetzung und Durchführung der notwendigen Steuern zu beauftragen.

Wie wir erfahren, dürfte die Ernennung des Kommissars und damit die Befugung der Steuern schon im Anfang der nächsten Woche erfolgen. Die Regierung scheint der Ansicht zu sein, daß ein weiteres Anwachsen des städtischen Defizits im Interesse der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der Stadt Berlin nicht mehr verantwortet werden kann.

Die Ernennung eines Staatskommissars ist sicher nicht dazu angetan, den Kredit der Reichshauptstadt zu heben. Berlin erleidet einen neuen schweren Prestigeverlust draußen im Lande. Schließlich darf aber auch nicht vergessen werden, daß andere deutsche Städte der Reichshauptstadt auch in diesem Punkte bereits vorangehen mußten. Gänzlich abwegig ist es, wenn davon gesprochen wird, daß die Ernennung des Staatskommissars den Tod der Selbstverwaltung bedeuten würde. Die Aufgabe des Beauftragten der preussischen Regierung wird lediglich sein, den stark ins Wanken geratenen Haushalt in Ordnung zu bringen. Im übrigen werden selbstverständlich die Rechte des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in keiner Weise angetastet werden!

Welche Steuern der Staatskommissar anordnen wird und wer mit dieser wenig dankbaren Aufgabe beauftragt wird, ist noch völlig unbekannt. Ob eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer und damit eine Erhöhung der Mieten noch vermieden werden kann, muß als sehr zweifelhaft bezeichnet werden. In der Zeit des

Preisabbaues wird also höchstwahrscheinlich die Berliner Bevölkerung mit einer neuen Mietserhöhung um 4 Proz. ab 1. Januar übertrifft werden.

Im Berliner Rundfunk wird heute abend um 18 Uhr 30 der Pressechef der Stadt Berlin, Landtagsabgeordneter Dr. Richard Lohmann, über „Staatsaufsicht und Selbstverwaltung“ sprechen. Der Redner wird die rechtlichen und sachlichen Voraussetzungen für das Eingreifen des Staates in die Selbstverwaltung bei außerordentlichen Situationen behandeln.

Die unsozialen Steuern.

Kampf um die Aenderung der Rotverordnungen.

In der Sonnabend Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurden die Teile der Rotverordnung besprochen, die den Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen von mehr als 8000 Mark, den Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen, den Finanzausgleich und die Tabaksteuer betreffen.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer solcher Personen, die ein Einkommen von mehr als 8000 Mark versteuern, soll nach der Verordnung 5 Prozent betragen. Abg. Dr. Herx (Soz.) erklärte hierzu, daß die Sozialdemokratie nach wie vor einen zehnprozentigen Zuschlag für richtiger halte. Es sei dagegen eingewandt worden, daß dadurch der Maximalsteuersatz auf 40 Prozent steige, und deswegen eine erhöhte Kapitalflucht hervorrufen würde. Er könne dem Einwand aber nicht als stichhaltig anerkennen. Es sei unabweisbar, daß die Kapitalflucht weniger beeinflusst werde durch die Sucht, Steuern zu hinterziehen, als aus Sorge um die Sicherung des Kapitals und die Währung. Die Ereignisse nach dem 14. September hätten diese Auffassung bestätigt. Es sei daher auch jetzt noch richtig, den Zuschlag statt auf 5 auf 10 Prozent zu erhöhen. Im einzelnen legte Dr. Herx dann dar, daß ein Einkommen von 3. B. 2600 Mark weit höher belastet werde als ein Einkommen von über 8000 Mark.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer der Ledigen soll erhoben werden von Personen, die nicht verheiratet oder verwitwet oder geschieden sind, vorausgesetzt, daß aus ihrer Ehe Kinder nicht hervorgegangen sind. Auch gegen die Konstruktion dieser Steuer erhob Dr. Herx schwere Bedenken. Sie verlässe die Grundzüge, auf denen das ganze deutsche Steuersystem bisher aufgebaut worden sei und weiche ab von dem einzig richtigen Grundgedanken der Leistungsfähigkeit. Die Leistungsfähigkeit, nicht der Personenstand müsse maßgebend sein für die Erhebung von Steuern. Kaum eine Steuer habe so viel Erbitterung hervorgerufen wie diese und er glaube, daß die Regierung selbst bald dazu werden müssen, die Steuer aufzuheben. Auch bei der Ledigensteuer werde der unbemittelte Ledige prozentual höher besteuert als der bemittelte.

In der Sitzung vom Dienstag soll der Abschnitt betreffend die Erhöhung von Einnahmen für die Gemeinden besprochen werden.

Frankreich gegen Rüstungskontrolle.

Ebenso Sowjetunion / Nur Budgetbegrenzung angenommen

Genf, 22. November. (Eigenbericht.)

Die französisch-englische These der budgetären Begrenzung für alle Arten von Rüstungen hat sich in der Vorbereitenden Rüstungskommission auf der ganzen Linie durchgesetzt. Die Kommission hat nunmehr auch die See- und Luftrüstungsfrage abgeschlossen.

Zuerst wurde die Unterteilung der U-Boote, die Ziffern für die Größe der Kreuzer und die Größenbestimmung der Schiffe mit Flugzeugen laut Londoner Vertrag angenommen. Kein U-Boot soll größer als 2000 Tonnen sein, keine ihrer Kanonen größer als 150 Millimeter Kaliber. Für die Luftstreitkräfte wurden die bisherigen Bestimmungen aufrecht erhalten, dagegen wurde die unterschiedliche Begrenzung der verschiedenen Kategorien abgelehnt. Endlich

Vom Gericht zurück



„Bewährungsfrist ham' se dir gegeben? Mensch, das heißt: daß du dir vor die nächste Keilerei besser mit Revolver und Schlagring bewehren mußt!“

Universität unter Terror

Rektor und Senat kuscheln vor Radaustudenten

Königsberg, 22. November. (Eigenbericht.)

In Königsberg inszenierte die sogenannte „Freie Studentenschaft“ einen ungeheuren politischen Radau, der schließlich zu Zusammenstößen mit der Polizei führte und eine Debatte im Senat der Universität zur Folge hatte, die mit geradezu ungläublichen Zugeständnissen des Lehrkörpers der Hochschule an die randalierenden Studenten endete.

Die „Freie Studentenschaft“ hatte zu einer Protestkundgebung gegen den Rektor aufgerufen, weil dieser die schwarz-weißen Schleifen an Kränzen hatte entfernen lassen, die anlässlich der Langemarck-Feyer an der Universität-Gedenktafel niedergelegt worden waren. Die Demonstration sollte vor dem Universitätsgebäude stattfinden. Sie hatte kaum begonnen, als die Demonstranten sich in wüsten Beschimpfungen der staatlichen Organe und des Lehrkörpers der Universität ergingen. Die Polizei erhielt deshalb Befehl den Platz vor der Universität zu räumen. Unter heftigem Widerstand wurde die Masse schließlich abgedrängt. Die Polizeibeamten wurden wiederholt mit Eisklumpen und Schneebällen beworfen. Am Nachmittag richtete die „Freie Studentenschaft“ an den Rektor und Senat eine Eingabe, in der gefordert wurde, daß die entfernten Kränzscheife wieder an der Gedenktafel niedergelegt werde und der Senat dem Rektor seine Mißbilligung ausspreche, weil dieser ein Plakat, das zur Unterstützung des Danziger Wahlkampfes aufforderte, verboten habe. Ferner solle der Senat das Vorgehen des Rektors bedauern, falls dieser die Polizei herbeigerufen habe. Schließlich wurde noch verlangt, daß sich die Schutzpolizei entschuldige, weil sie durch ihr Eingreifen „akademischen Boden verleiht“ habe.

Der akademische Senat trat bald nach dem Empfang der oben wiedergegebenen Forderungen zu einer Sitzung zusammen, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte. Unterdessen sehen die Studenten in und vor der Universität ihren Radau fort, bis der Senat seine Entscheidung bekannt gab. Hier ist das Nachwort:

„Der Rektor hat die Polizei nicht gerufen. Er verständigte sich mit ihr lediglich mit dem Ziele, Uebergriffe zu verhindern. Sollten jedoch solche geschehen sein, so bedauern

dies Rektor und Senat. Der Rektor durfte nach den geltenden Bestimmungen die Aufschrift auf dem Kranz nicht dulden. Nach der heutigen Aussprache hat der Senat genehmigt, daß die Aufschrift ausnahmsweise zugelassen wird. Die akademische Behörde wird die Schleife selbst wieder anbringen. Der Rektor war ebenso wie der Senat selbstverständlich der Ansicht, daß jeder Danziger Student nach Danzig fahren müsse, aber aus außenpolitischen Gründen hielt er die Form des vorgelegten Plakats nicht für angezeigt.“

Einer der Führer der randalierenden Studenten stellte nach der Bekanntgabe der Erklärung des Senats fest: „Was wir erreichen wollten, haben wir erreicht! Die Hauptsache ist, daß wir unsere Kraft bewiesen haben.“

Der preussische Kultusminister hat inzwischen den Rektor der Königsberger Universität zu einem mündlichen Bericht aufgefordert.

Hakenkreuzenttäuschung in München.

Das Ergebnis der Studentenwahlen.

In den Studentenwahlen der Münchener Universität, die am Donnerstag ohne Zwischenfall vor sich gingen, beteiligten sich rund 7500 Studenten, was einer Wahlbeteiligung von 91,5 Proz. entspricht. Trotz des von den Nazis seit Wochen geübten Terrors, der seinen Höhepunkt in der blutigen Sprengung der sozialistischen Studentenversammlung hatte, erlitten die Hakenkreuzler eine schwere Enttäuschung. Von 30 Vertretern erhielten sie im ganzen 10 (im letzten Wintersemester 6), während sie nach eigenen Voraussetzungen mit der sicheren Erringung der absoluten Mehrheit gerechnet hatten. Die waffentragenden Korporationsstudenten erhielten 6 (8), der Deutschnationale Widerstandsbund 2 (2), die beiden katholischen Listen zusammen 7 (8), die deutschsozialistische Fraktion 2 (3), die demokratische Hochschulgruppe 2 (2) und der sozialistische Studentenbund, der zum erstenmal mit einer eigenen Liste hervortrat, erhielt mit 337 Stimmen 1 Mandat (6). An der Technischen Hochschule in München ist das Wahlergebnis ungefähr daselbe.

softe man alles zusammen in dem mit 19 Stimmen angenommenen französischen Antrag, wonach die Parteien übereinkommen, die Gesamtsumme ihrer jährlichen Ausgaben für ihre Land-, See- und Luftstreitkräfte zu begrenzen und soviel als möglich herabzusetzen. Die Ziffern werden in Tabellen aufgestellt und die Durchführung wird nach den Gutachten der Budgetsachverständigen geregelt werden. Zu den chemischen Rüstungen hat England den Antrag gestellt, auch Tränengase zu verbieten und Deutschland hat einen allgemeinen Verbotsantrag eingebracht. Die Aussprache darüber wird auf die dritte Lesung verschoben.

Bei der Behandlung der allgemeinen Durchführungsbestimmungen wandte sich Frankreich gegen Englands Vorschlag der Schaffung einer ständigen Kontrollkommission für die Durchführung der Abrüstung. Witwinow erklärte, daß Rußland kein Interesse an diesen Kapiteln habe, die nur einen Wert gehabt hätten, wenn die Kommission eine wirkliche Abrüstung eingeleitet hätte. Rußland könne auch keine Organe des Völkerbundes zur Kontrolle anerkennen. Graf Bernstorff verzichtete für Deutschland auf die Teilnahme an einem Unterausschuß, der zur Beratung der Durchführungsbestimmungen gebildet wurde. Die Beratung der deutschen Anträge für den Austausch von Mitteilungen über alle Rüstungen und die Vorbereitung der Allgemeinen Abrüstungskonferenz wurde auf die dritte Lesung des Konventionsentwurfes verschoben.

Kein Fernspruch mit Moskau.

Wetterstörungen vor Riga — Telegrammverkehr im Gange.

Gegenüber den Behauptungen von einer Ermordung Stalins und militärischen Revolten wird aus Moskau kategorisch erklärt, daß es sich um böswillige Erfindungen handele.

Der Telephonverkehr mit Moskau ist seit mehreren Tagen gestört. Da aber der Verkehr auch schon mit Riga nicht möglich ist, handelt es sich nicht um politische, sondern um Wetterstörungen. Der Telegrammverkehr mit Moskau funktioniert.

Bethlen in Berlin.

Von Brüning und Curtius empfangen.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen traf heute vormittag in Berlin ein. Zum Empfang hatten sich am Anhalter Bahnhof Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsaußenminister Dr. Curtius, die Staatssekretäre Dr. Pänder und v. Bülow und andere Angehörige der Kammer eingefunden.

Der Tapferkeit besserer Teil.

Ein „Verantwortlicher“, der sich drückt.

Köln, 22. November. (Eigenbericht.)

Der frühere verantwortliche Redakteur der kommunistischen „Sozialistischen Republik“, Peter Stahl, der bereits längere Freiheitsstrafen wegen Befeldigung durch die Presse zu verbüßen hat, steht heute wieder einmal vor Gericht. Er erklärte aber, daß er mit dem unter Anklage gestellten Artikel gar nichts zu tun habe. Er sei weder der Verfasser, noch sei er in der Zeit vom August 1929 bis März 1930 überhaupt in der Redaktion gewesen. Dagegen könne er, obwohl er für die Zeit als für den lokalen Teil verantwortlich gezeichnet habe, nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Der Verfasser des Artikels sei der Schriftleiter Finneke.

Koalitionsstreit in Braunschweig.

Die Steuern lockern Antimarginstenblock.

Braunschweig, 22. November. (Eigenbericht.)

Innerhalb der Braunschweiger Regierungskoalition sind bereits erste Differenzen ausgebrochen, weil die Nationalsozialisten die Bürgersteuer ablehnen. Sie verlangen gleichzeitig mit der Sozialdemokratie eine besondere Erwerbslosen-Winterbeihilfe, wofür sie eine Warenhaus- und Filialsteuer als Deckung vorschlagen. Dagegen wenden sich aber die bürgerlichen Koalitionsparteien.

Frieds-Regener Steuer gefallen.

Im Haushaltsauschuß des Thüringischen Landtags wurde am Donnerstag die in der Brüning'schen Rotverordnung für die Gemeinden vorgesehene Bürgersteuer mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt. Fried erklärte als Minister, daß er den Gemeinden Ersatz für den Ausfall der Bürgersteuer nicht geben könne. Wenn die Steuer abgelehnt werde, dann sei die Angelegenheit für ihn erledigt.

Straßen ohne Namen.

Unfug in der Wohnstadt Carl Legien.

Die von über tausend Menschen bewohnte Wohnstadt Carl Legien wartet seit vielen Monaten darauf, daß die Straßen endlich einmal Namen bekommen. In der Bezirksversammlung Prenzlauer Berg hat eine knappe Mehrheit der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten die von der Sozialdemokratie geforderte Namensgebung abgelehnt. Jetzt hat der Polizeipräsident das Wort.

Bereits im Frühjahr, noch vor Fertigstellung des zweiten Baublocks, sind die Namen veröffentlicht worden. Die Straßen sollten die Namen verdienstvoller verstorbener Gewerkschaftsführer tragen. Die Wohnstadt Carl Legien liegt im Bezirk Prenzlauer Berg. Weil der angrenzende Bezirk Weißensee einige Straßen nach Städten Pommerns benannt hat, wurde die Entdeckung gemacht, daß deshalb die Straßennamen der Carl-Legien-Siedlung ebenfalls aus Pommern entlehnt werden.

Der Unfug, daß die von weit über 1000 Einwohnern bewohnten Straßen zwischen der Prenzlauer Allee und der Greifswalder Straße nur mit Maße und Not auszufinden sind, muß umgehend beseitigt werden!

Morgen: Zur Mieterversammlung.

Alle Sozialdemokraten und „Vorwärts“-Leser der Wohnstadt Carl Legien werden dringend gebeten, zu der von anderer Seite zu morgen abend nach der Auslo der Schinkel-Oberrealschule, Carmen-Enlow-Straße 25/26, einberufenen Mieterversammlung um 18½ Uhr pünktlich zu erscheinen und bei der Wahl der Mietervertretung für die Bolschewistische Wohnungsgesellschaft zu stimmen. Mietvertrag mitbringen!

Der Wetterumschlag.

Heute 14 Grad Wärme in Berlin.

Völlig unerwartet ist ein Wetterumschlag eingetreten, der für die vorgeschriebene Jahreszeit ganz außergewöhnlich hohe Temperaturen zur Folge hat.

Nach am vergangenen Donnerslag lagen die Temperaturen, beeinflusst durch örtliche Luftströme, sehr niedrig. In der Nacht zum Freitag legte plötzlich bei reichen Niederschlägen ein erheblicher Temperaturanstieg ein. Die Erwärmung steigerte sich nach und erreichte heute mittag in Berlin ein Maximum von +14 Grad. Keinerlei liegen die Wetterverhältnisse im Reich, die Temperaturen schwanken zwischen 11 und 15 Grad Wärme. Als Kuriosum sei erwähnt, daß Karlsruhe gestern bei heiterem Himmel sogar 17 Grad Wärme verzeichnete. In Ostpreußen hat sich der Wetterumschlag besonders schlagartig ausgewirkt. Am Donnerstag herrschten noch 14 Grad Kälte, heute hat die Quecksilbersäule fast die gleiche Höhe der Skala über dem Nullpunkt erreicht. Da in Ostpreußen reichlich Schnee gefallen ist, sind durch die rasch fortschreitende Schmelze stellenweise katastrophale Verkehrsverhältnisse entstanden.

Die starke Erwärmung ist auf sehr milde südwestliche Luftmassen zurückzuführen, die nordwärts strömen und Mittel- sowie Westeuropa in erheblicher Breite überfluten. Zunächst ist mit einem Anhalten dieses Witterungscharakters zu rechnen. Für Toten Sonntag lautet die Prognose noch besonders günstig: Sehr warm, bei ziemlich heiterem Himmel.

Urteil gegen Weissenberg.

Redakteur Preuß auf Kosten des Klägers freigesprochen.

Im Beleidigungsprozess des Pöppelien Weissenberg gegen den Schriftleiter der „Zeitschrift für Volksaufklärung gegen Kurpfuschertum und Heilmittelschwindel“, Redakteur Preuß, verurteilt ist im Amtsgericht Rüdert heute folgendes Urteil:

Der Angeklagte Preuß wird auf Kosten des Privatklägers Weissenberg freigesprochen.

Frenzel unschuldig?

Gutachten des Sachverständigen Dr. Marcuse.

Im Frenzel-Prozess wurde heute vormittag die Reihe der Gutachten fortgesetzt, und zwar erstellte der Sexualforscher, Sanitätsrat Dr. Max Marcuse, sein Gutachten, in dessen Verlauf der Gelehrte zu der Ansicht kam, daß der Angeklagte Frenzel nicht die Merkmale eines Sexualverbrechens zeige.

Sanitätsrat Marcuse hatte sich über die Frage zu äußern, ob nach sexuellenwissenschaftlichen Gesichtspunkten die Aussage Gertrud Frenzels glaubwürdig erscheine und ob überhaupt nach den wissenschaftlichen Erfahrungen dem Angeklagten unter Berücksichtigung seiner Persönlichkeit die zur Anklage stehende Tat zuzutrauen sei. Dr. Marcuse betonte, daß die

Angaben Gertruds unwahrscheinlich und für ihn unwahr seien,

da ihre Schilderungen von den angeblichen Vorgängen und ihre Darstellungen mit den sexuellenwissenschaftlichen und medizinischen Erfahrungen in Widerspruch ständen. Der Sachverständige betonte, daß er in dieser Auffassung auch durch die Gutachten der Gynäkologen bestätigt würde. Nach seiner Auffassung müßten

bei Gertrud Frenzel erotische Träume

vorliegen. Die Frage, warum Gertrud ihren Vater in so schwerer Weise beleidigt haben könnte, beantwortete Dr. Marcuse dahin, daß sie wohl nach einer kleinen Lüge nicht wieder zurückgefunden habe und daß sie durch ihre Umgebung zur hartnäckigen Aufrechterhaltung ihrer Erzählungen bestärkt worden sei und bemitleidenswert erscheinen wollte. Ihre Beharrlichkeit bezüglich der Be-

schuldigungen erklärte der Sachverständige aus Wahrheitsfanatismus und

Hoff gegen den Vater.

Durch das teilweise strenge Verhalten des Vaters, durch dessen Abwesenheit von der Familie und die familiären Mißverhältnisse habe sich Gertrud zum Barrhaus hingezogen gefühlt und in dem Barrhaus ihr Ideal gesucht. Die Grenze zwischen Lüge und Gedächtnis sei bei Gertrud sehr unklar und unbestimmt.

Bezüglich Hilde Frenzel vertrat der Sachverständige den Standpunkt, daß sie unzweifelhaft einmal gelogen haben müsse. Nach der Ansicht Dr. Marcuses seien aber ihre ersten Beleidigungen nicht mehr.

Den Angeklagten Frenzel

selbst charakterisierte Dr. Marcuse darin, daß der Typ eines Sexualverbrechens ganz andere Merkmale zeige, als man sie bei dem Angeklagten festgestellt habe. Abschließend kam Dr. Marcuse zu folgenden Feststellungen: 1. Gegen die Richtigkeit der Aussagen Gertruds liegen erhebliche sexuellenwissenschaftliche und sexuellenpsychologische Bedenken vor. Die Möglichkeit, daß sich die Begebenheiten so zugetragen haben, wie sie Gertrud schildert, halte ich für höchstwahrscheinlich ausgeschlossen. 2. Die gegenwärtigen Aussagen und Erklärungen der Hilde sind vom wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht unklarhaft. 3. Die sexuelle Persönlichkeit und die Umweltfaktoren, die bei dem Angeklagten die ihm zur Last gelegten Handlungen zwanglos erklärbar und verständlich erscheinen lassen dürften, sind meines Erachtens nicht gegeben.

Die Verhandlung, bei der Staatsanwaltschaftsrat Stargard infolge seines Leidens durch Oberstaatsanwalt Dr. Tegloff vertreten war, wurde sodann auf Montag vertagt, wo die beiden Sachverständigen Dr. Plauth und Dr. Placzek ihre Gutachten erstatten werden. Am Dienstag wird voraussichtlich Staatsanwaltschaftsrat Dr. Stargard das Wort zur Anklagerede nehmen. Ob das Urteil noch in der nächsten Woche gefällt werden kann, ist noch zweifelhaft.

Angetrunken am Steuer!

Auto auf dem Bürgerfest. — Ein Arbeiter schwer verletzt.

Durch einen angetrunkenen Herrenfahrer wurde heute früh ein schwerer Verkehrsunfall verursacht, bei dem ein Passant schwer verletzt wurde.

Kurz vor 7 Uhr fuhr ein Privatauto in schneller Fahrt den Südwendtorso hinauf. An der Ecke der Weissenheimer Straße geriet der Wagen, dessen Fahrer, wie später festgestellt wurde, angetrunken war, auf den Bürgerfest. Ein Passant, der 58-jährige Arbeiter Otto Mundi aus der Grenadierstraße 30, wurde von dem Auto erfasst und überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde er in das Bismarckdorfer Krankenhaus in der Abenddämmerung gebracht. Der rufstilleste Autofahrer fuhr, ohne sich um den Verunglückten zu kümmern, weiter und versuchte sich seiner Feststellung durch die Flucht zu entziehen. Einige Straßen weiter erreichte ihn aber sein Geschick. Er stieß mit einem Lastfahrzeug zusammen; dabei wurde sein Wagen so erheblich beschädigt, daß er halten mußte und festgenommen werden konnte.

Der Mörder Baisgands irrsinnig. Die mit der Untersuchung des Geisteszustandes des Mörders des deutschen Geländes von Baisgand, des deutschen Staatsangehörigen Franz Wichorowski, betrauten Verze haben in ihrem Gutachten den Mörder als einen unter Verfolgungsmahn leidenden Irren bezeichnet. Der vom portugiesischen Justizministerium ernannte Richter sprach die Meinung aus, daß der Mörder in einer Irrenanstalt untergebracht werden müsse.

Zusammenstoß zwischen Nazis und Kommunisten. Freitagabend gerieten in Düsseldorf drei Nationalsozialisten mit drei Kommunisten in einen Wortwechsel. Bsplich fiel ein Schuh, der einen Nationalsozialisten tödlich traf. Nach Zeugnisaussagen soll einer der Kommunisten den Schuh abgegeben haben, die die Flucht ergriffen und unerkannt entzogen.

76 Abgeordnete: 307 Aufsichtsräte

Volkvertreter im Widerstreit mit den Staatsinteressen

In der Freitagssitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags wurde bei der Diskussion über die Besteuerung der Aufsichtsräte das gesamte Problem der Beteiligung an den Aufsichtsräten besprochen.

Bereits im Jahre 1927 hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Antrag gestellt, eine Liste der Abgeordneten zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, die Posten als Aufsichtsräte von Wirtschaftsunternehmen inne hatten. Der Einfluß des privaten Kapitals auf einzelne parlamentarische Gruppen hat sich seit dieser Zeit noch erhöht. Um endlich Klarheit über die Beziehungen aller Mitglieder des Reichstags zu den kapitalistischen Großunternehmen zu schaffen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den von uns schon veröffentlichten Antrag eingebracht, der beim Präsidenten des Reichstags eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder geführt wissen will.

Das „Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte“ gibt schon ein recht anschauliches Bild von der Verknüpfung parlamentarischer Interessen mit dem Interesse des Privatkapitals. Nach diesem Handbuch, Ausgabe 1930, haben von den 577 Abgeordneten des Reichstags 76 Abgeordnete Sitze in Aufsichtsräten. Die Gesamtzahl der Aufsichtsratsposten beträgt 307. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien:

Von den 41 Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei haben 9 Mitglieder insgesamt 18 Aufsichtsratsitze. Von diesen 18 Sitzen sind 4 Posten in öffentlichen Unternehmungen.

Von den 30 Mitgliedern der Fraktion der Deutschen Volkspartei haben 10 Mitglieder 67 Aufsichtsratsitze. Von diesen 67 Sitzen sind 2 Posten in öffentlichen oder Parteiunternehmungen.

In der Wirtschaftspartei haben von 23 Mitgliedern 4 Mitglieder 11 Aufsichtsratsitze, 4 davon sind Posten in öffentlichen Unternehmungen.

Von den 21 Mitgliedern der Fraktion des Deutschen Landvolks haben insgesamt 9 Aufsichtsratsitze, 3 davon sind Posten in öffentlichen Unternehmungen.

Von den 19 Mitgliedern der Fraktion der Bayerischen Volkspartei haben 6 Mitglieder 13 Aufsichtsratsitze.

Von den 68 Mitgliedern der Zentrumsfraktion haben 18 Mitglieder 65 Aufsichtsratsitze.

Den Rekord schlägt die Deutsche Staatspartei. Von ihren 14 Mitgliedern haben 5 Mitglieder 107 Aufsichtsratsitze. Davon ist 1 Posten in einem öffentlichen Unternehmen.

19 von 143 Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion haben insgesamt 33 Aufsichtsratsitze. Alle 33 sind Sitze in öffentlichen oder Parteiunternehmungen. Da die Zahl der öffentlichen Unternehmungen in den letzten Jahren zugenommen hat, und das Parlament in allen diesen Unternehmungen vertreten ist, ist diese Zahl nicht einmal besonders hoch zu nennen.

Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehören also privatkapitalistischen Unternehmungen in keinem Falle an. Ihre Aufsichtsratsmandate sind in allen Fällen das Ergebnis ihrer parlamentarischen oder parteipolitischen Tätigkeit. Materielle Vorteile sind für den einzelnen damit nicht verbunden.

Glückert man die Abgeordneten nach der Zahl der auf sie entfallenden Aufsichtsratsposten, so erhält man das Ergebnis, daß 14 Abgeordnete 3 bis 5 Aufsichtsratsposten, 12 Abgeordnete 6 bis 10 Aufsichtsratsposten und 5 Abgeordnete über 10 Aufsichtsratsposten innehaben, von diesen der Abgeordnete der Deutschen Staatspartei Fischer-Köln 51, der neue Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, der Domänenpächter August Weber 34, der Abgeordnete der Deutschen Staatspartei und ehemalige Finanzminister Reinhold 20, der neue Abgeordnete der Deutschen Volkspartei und Beranstanter nationalsozialistischer Frühstücke Dr. v. Stauch 42 Posten.

Gerade die letzten vier Beispiele zeigen deutlich, daß bei einer Säufung von Aufsichtsratsposten leicht im Widerstreit des Staatsinteresses mit dem privatkapitalistischen Sonderinteresse das Privatinteresse den Sieg davontragen kann.

tige, brutale, ist vergessen, aber er schmört Roche und hat bald heraus, daß der neue Anführer ein schlüssiger Hochstapler ist. Es kommt zu einem Kampf zwischen den beiden Männern, die Frau erschließt den Denunzianten, der Kapitän, dem man einredet, sie habe in Kolowehr gehandelt, verurteilt den Fall. Aber die beiden Schallbälle müssen die Insel verlassen, der Hochstapler wird erkannt und verhaftet, und die Frau wird von dem Kapitän nach abgelegtem Geständnis fortgeschickt.

Der deutsch-englische Gemischtstoffsilm (nach einem englischen Bühnenstück von Frank Harvey bearbeitet) ist E. A. Dupont anvertraut worden. Er läßt die Geräusche als schicksalbedeutende, symbolische Klänge unermüdlich spielen. Immer wieder wird das Milieu unterstrichen, das die Menschen treibt, die einsame Insel und der Käfig des Leuchtturms. Aber es wird des Guten zuviel, besonders auch in den Dialogen zwischen den vier Menschen. Geschickt handhabt Dupont die Pause im Gespräch, aber dadurch wird auch das Ganze endlos gedehnt. Natürlich gibt es bei einem Mann von seinen Qualitäten prachtvoll herausgearbeitete filmische Einzelheiten. Drei erstklassige Darsteller wirken in diesem Kampf um die Frau mit. Fritz Kortner, der alte Kapitän, nicht gerade sehr überzeugend, auch nicht mit dem großen Theaterstück, Heinrich George als der frauenjägerische, sozial-brutale Gelehrte (eine Figur aus einem Buch), Conrad Veidt, der fremde Mann, der folterniert. Das Weibchen ist eine neue Entdeckung: Tala Birell, hübsch, geschmeidig, aber ohne Physiognomie.

Dieser Dupont-Film ist nach dem Operettenstil ein Loblied; aber ihm fehlt leider das Mitreisende, tiefere Anteilnahme an dem Geschick der vier Menschen kommt nicht auf.

Operettenauffrischung.

Es ist immer wieder dasselbe. Das Publikum, heißt es, wolle Operetten hören; und wenn es keine neuen gibt, von denen es sich ins Theater lassen läßt, versucht man es mit den alten. Aber wenn die Produktion in einer Gattung so hornigartig verlagert wie heute auf dem Gebiet der Operette, so liegt das wohl nicht nur an der heutigen Produktion, sondern an der Gattung, die halt eine gestrige Angelegenheit geworden ist. Sie wird nicht heutiger — mit Hilfe gestriger Operetten. Operette war zu ihrem besten Teil immer aktuelles Amüsiertheater; das läßt sich weder konservieren noch in veränderten Zeiten neu aufgießen. Zugegeben, daß der „Walzertraum“ mit der Musik von Oscar Strauß, vielleicht der besten, die ihm gelungen ist, vor einem Vierteljahrhundert eine zeitgemäße Sache und ein berechtigter Erfolg war: diese Atmosphäre, gemischt aus norddeutscher Hofluft und dem fahlen Parfum jenes sentimental-fischen Operetten-Wien, das es nie gegeben hat, es sei denn in der Phantasie schufachtiger Kleinbürger — diese Atmosphäre läßt sich nicht mehr lebendig machen.

„Was würde dazu der Böllerbund sagen?“, fragt einmal auf der Bühne des Berliner Theaters der „regierende Fürst“ Joachim XIII., und harmlose Leute im Parkett lachen. Sie lachen — aber wohl nicht über den lächerlichen Anachronismus dieser gut gemeinten Komikerentgehnung; nicht über die darin zutage tretende Unmöglichkeit, eine Affäre wie diejenige „Walzertraum“ für das Theater der Gegenwart brauchbar zu machen; im übrigen blieb es bei solchen vereinzelten und mißglückten Versuchen der „Aktualisierung“. Die Direktion v. Ostau bemüht sich, die Operette spielen zu lassen, wie sie war, just, als wären wir wieder Publikum von damals; und es ist anzuerkennen, daß sie sich um eine saubere und animierte Aufführung bemüht, allerdings mit darstellerischen Kräften, die nur zum Teil gewohnten Berliner Ansprüchen genügen. K. P.

Im Land des weißen Todes.

Der ehemalige wissenschaftliche Leiter der Turman-Expedition, der Deutsch-Russe Dr. Leonid Breitfuß, hielt auf Einladung der Urania im großen Vortragssaal des Langenbeck-Bischowhause einen Vortrag mit Lichtbildern über das Thema: Irrfahrten im Lande des weißen Todes, in dem er besonders eingehend die Polarstastrophen der neueren Zeit und unter diesen wieder die Brusilow-Albanoff-Expedition behandelte, und weiter die verhängnisvolle Reise des Eisbrechers „Malgin“ und seine Rettung durch den größten Eisbrecher unserer Zeit, des „Krasin“. Besonders interessant war der Nachweis der heute bereits bestehenden rings um die Arktis gelagerten Fundstationen und die mehr und mehr in den Bereich der Möglichkeit rückenden Nordpol-Überquerungsflüge, die z. B. Deutschland auf den kürzesten Weg mittels Luftschiff mit Ostasien, die Vereinigten Staaten und Kanada mit Sibirien verbinden würde. Leider bleibt es dem Vortragenden verjagt, sein wertvolles Material, dessen Bearbeitung er auch noch Wort für Wort ablesen muß, in vollstündiger passender Form vorzutragen.

Ehrung des Geschichtschreibers der deutschen Kunst. Der Reichspräsident hat dem Universitätsprofessor o. D. Dehio in Tübingen zu seinem 80. Geburtstag den Adlerschild des Reiches verliehen. In dem Bepfeilschreiben wird ausgeführt: „In einem an Arbeit reichen Leben haben Sie als Lehrer, Forscher und Herausgeber bedeutender Veröffentlichungen sich um die Förderung der deutschen Wissenschaft und Kunst besondere Verdienste erworben. Ich gedens hierbei insbesondere Ihres großen monumentalen Werkes über die Geschichte der deutschen Kunst, in dem Sie in der Entwicklung der deutschen Kunst die Wesensmerkmale des Deutlichkeitums erkennbar werden lassen. Dem Dank, den das deutsche Volk Ihnen schuldet, verleihe ich Ausdruck, indem ich Ihnen die höchste Ehrung des Reiches zuerleihe, den Adlerschild, der auf der Vorderseite das Symbol des Reiches, auf der Rückseite die Widmung „Dem Lehrer und Geschichtschreiber der deutschen Kunst“ trägt.“

Die Dichterkademie wackelt. Nachdem durch den Rücktritt Walter von Molos als Vorsitzender der Sektion für Dichtkunst bei der Preussischen Akademie der erste Bruch in das Gefüge der Dichterkademie entstanden war, der jetzt durch die Austrittserklärung Hermann Hesses noch vergrößert wird, scheint die Krise noch weitere Kreise zu ziehen. Die Meinungsviertheilungen und die Fraktionsbildungen unter den Mitgliedern der Dichterkademie werden voraussichtlich in nächster Zeit das Ausschneiden noch mehrerer Angehöriger der Dichterkademie zur Folge haben.

Totenjonnatskonzert. Die Arbeitsgemeinschaft Berlin-Weiß-Schöneberger Wänerhor Freundschaft veranstaltet Sonntag, 7. Uhr, im Festsaal des Schönberger Rathhauses ein Konzert unter Mitwirkung des Salon-Quintetts Werner.

In der Städtischen Oper wird von Richard W. Wittmoß, den 26. November, den Veing-Kalaf in „Lurand“ und Sonnabend, den 6. Dezember, den Herzog in „Rigoletto“ singen. Der Vorverkauf beginnt morgen Sonntag.

Das Deutsche Institut für Weltkunde veranstaltet vom 1. bis 3. Dez. unter dem Titel „Lombard und Velle“ profisch-informativische Vorträge, für Journalisten durch Journalisten und Sozialwissenschaftler. Oberst Scherwin hat das Referat über Lombard übernommen, es werden ferner u. a. Joseph Mallinck über „Die Velle des Lombards“, Dr. Tschirner über „Velle Lombard“, Dr. Guido Sager über „Lombard-Belegung und Lombard“, Vorträge durch das Institut, Berlin, Breßlerstraße 56, I (Kupfergasse 304B).

Textilarbeiterlöhne bedroht

Die Nordostdeutschen kündigen Tarife

Der Nordostdeutsche Textilarbeitgeber-Berband in Berlin hat am 18. November die folgenden Lohnarbeitsabkommen seiner Ortsgruppen dem Deutschen Textilarbeiter-Berband gekündigt: Berlin, Kowames, Fürstenwalde/Spree, Jernsdorf (Kreis Teltow), Bernau bei Berlin, Schwiebus-Zülichau-Güntersberg, Reudamm, Landsberg/Warthe, Waldow (Mecklenburg), Wittensberge (Bez. Potsdam), Wittistod/Dosse, Barth (Pommern), Rasehube (Pommern), Albersleben, Calbe, Halberstadt und Burg bei Magdeburg zum 31. Dezember 1930. Der Deutsche Textilarbeiter-Berband hat am gleichen Tage dem Arbeitgeberverband die bestehenden Arbeitszeitregelungen zum 31. Dezember 1930 gekündigt.

Die maßgebenden Industriellen dieses Arbeitgeberverbandes, unter denen sich der größte Jutebetrieb Deutschlands, Rag Bahr in Landsberg/Warthe, die Firmen Adolph Naas u. Co. in Berlin-Fürstenwalde und Fr. Gebauer in Berlin-Charlottenburg befinden, haben sicher nicht deshalb gekündigt, weil ihnen die Tariflöhne ihrer Textilarbeiter zu niedrig erscheinen und sie etwa die Absicht hegen, die Löhne ab 1931 zu erhöhen, um so den Textilarbeitern die Möglichkeit zu geben, durch erhöhte Konsumfähigkeit zur Behebung der Krise beizutragen.

Wollen sie aber beispielsweise den Berliner Textilarbeitern (soweit sie überhaupt unter den Tarif fallen) den horrenden Stundenlohn von 92 Pf. für gelernte Arbeiter, 77,5 Pf. für angelernte und 71 Pf. für ungelernete Arbeiter über 20 Jahre noch kürzen, um damit die Wirtschaft anzukurbeln? Soll etwa in Schwiebus (Grenzmark) die Textil-

arbeitern mit 36,5 Pf. Zeitkundenlohn noch einige Prozente zum Wohle der deutschen Textilindustrie opfern?

Sozial Verständnis hätte man selbst bei Textilindustriellen voraussetzen können, daß sie die so ziemlich an letzter Stelle stehenden Textilarbeiterarbeitslöhne im Interesse der Textilindustrie selbst unangetastet lassen würden. Die Textilarbeiter haben aber Veranlassung, sich einmütig und geschlossen hinter ihre Organisation, den Deutschen Textilarbeiter-Berband, zu stellen, wenn sie nicht mit ihren Löhnen wieder wie früher auf die allerunterste Stufe zurückgedrängt werden wollen.

Die Textilindustrie kann höhere Löhne bezahlen; das beweisen am besten ihre Jahresabschlüsse. Deshalb: Textilarbeiter, aufgepaßt und getüftelt!

Noch nicht genug Arbeitslose?

Die Vereinigten Stahlwerke sorgen für Zuwachs.

Düsseldorf, 22. November. (Eigenbericht.)

Die Vereinigten Stahlwerke planen größere Entlassungen, von denen insbesondere die Arbeiter der Werke in Mülheim betroffen werden. Ein Stilllegungsantrag hat die Firma bereits gestellt. Wird ihm stattgegeben, dann sollen noch vor Weihnachten mehrere tausend Arbeiter der Friedrich-Wilhelm-Hütte und der Stahl- und Walzwerke in Mülheim an der Ruhr entlassen werden.

das so bei Gelehrten üblich ist. Schließlich gelingt es seiner Klugheit, die Widerspenstige zu beschämen und zu sich zurückzuführen. Beharrlichkeit und wahre Herzensgüte tragen einen schönen Sieg davon.

Diese Vorgänge entwickeln sich sehr umständlich in drei langen Akten. Hans Müller, Verfasser vieler wirksamer Bühnenwerke, stellt die Zuschauer vor eine ebenso harte Geduldsprobe wie sein Professor. Jeder andere hätte die vermählte Frau, die sich wie ein ungezogenes Kind benimmt, sobald zum Tempel hinausgejagt. In Schwänken und Lustspielen nimmt man es mit der Wahrscheinlichkeit nicht so genau, aber ein diktieren glaubhafter als in Jungwaidenbüchern muß es auch in solchen Stücken zugehen. Uebrigens fallen etwa 75 Prozent der von dem Routinier Müller wohlberechneten Pointen glatt unter den Tisch.

Was der Komödie an Lebensnähe fehlt, versucht die Aufführung im Theater in der Behrenstraße durch übertriebenes Spiel und durch Unterfischung des lebensnahen Humors zu ersetzen. Die einzigen natürlichen Darsteller sind der dümmliche Sportler des Victor de Roma und Karl Blaten in einer kleinen Dienerrolle. Elisabeth Lennarz bringt das Kunststück fertig, aus der exzentrischen Professorsfrau eine sympathische Figur zu machen. Ralph Arur Roberts kann dem Professor seine eigene Note geben. Der Star der Bühne Lucie Englisch ist wie immer der herzige Launenblossa einer Courts-Mahler, der sich niedlich macht, wobei das eigene Vergnügen daran größer ist als das der Zuschauer.

„Menschen im Käfig.“

Gloria-Palast.

Eine weltentlegene Insel von kleinstem Umfang, auf der nur eine kleine Anzahl Menschen haust, um den Leuchtturm zu bedienen. Man erlebt nichts, als das Heulen des Sturms, das Donnern der Brandung und den heiseren Schrei der Sturmgel. In diese Welt der Einsamkeit führt der alternde Kapitän eine junge Frau mit mondänen Bedürfnissen beim. Sie ersticht in der Enge, in dem grauen Einerlei des Rebels und wird eine leichte Beute des draußigen-generischen Gehilfen des Kapitäns. Aber dann kommt das große Ereignis: Nachts frantet ein Boot, ein jüngerer, interessanter Mann wird gerettet, und bald spinnt sich ein dichtes Netz um die beiden jungen Leute. Der Liebhaber von gestern, der großschick-

Carl Credé „Justizkrise“.

Aufführung in Hannover.

Carl Credé hat ein Schlußstück zu seinem „§ 218“ geschrieben. „§ 218“ war eine soziale Skizze, ein Querschnitt durch die Massen und ein Kompilium gegen den Paragrafen. „Justizkrise“ ist ein Bekenntnisstück, dem eigene Erkenntnisse zugrunde liegen. Dr. Hansen, der Arzt des „§ 218“, ist in Untersuchungshaft, wird verurteilt und stirbt in dem Augenblick im Gefängnis, als sich seine Unschuld herausstellt und seine Freilassung erfolgen soll.

Credé schreibt nicht das Märchenstück des Arztes, der gegen den § 218 verstoßen hat. Sein Dr. Hansen ist ein völlig passiver Mann, der sich kaum noch zu verteidigen vermag. Sein Stück soll auch kein generelles Anklagestück gegen die Justiz sein, sondern Credé will zeigen, wie ein einzelner von der riesigen Gerechtigkeitsmaschine zerdrückt wird (Hoffspionage, Alibi des Untersuchungsrichters, Bösartigkeit des Sachverständigen, Schema der Hauptverhandlung, Verstum des besten Indizienbeweises). Daß er schließlich seinen Arzt noch sterben läßt, überkostet diese Figur und gefährdet die Tragik des Vorganges. Ein Stück für die Stunde, das lediglich aus dem Stofflichen zu verstehen und zu deuten ist. Material für die Zukunft.

Die Aufführung im „Deutschen Theater“ mit Lydia Barth und Wulf Rißcher in den Hauptrollen führte das Werk zu einem starken Erfolg, für den der Autor danken konnte. R. M.

Bescheidenes Lustspiel.

Hans Müller: „Große Woche in Baden-Baden“.

In Hans Müllers neuem Lustspiel geht es äußerst mondan zu. Ein originelles Thema ist dem Verfasser nicht eingefallen. Aber wenigstens ist er tapfer bemüht, den Anschluß an die Gegenwart nicht zu verpassen. Und so hören wir denn von modernen medizinischen Entdeckungen, von Geschlechtsdrüsen, von Hormonen, durch deren Einspritzung bis in die feinsten Nuancen ein Mann erweicht und eine Frau vermannlicht werden kann. Der Professor, der sich mit dieser ersten Materie beschäftigt, hat das Pech, mit einer Frau verheiratet und in sie rettungslos verliebt zu sein, die von geistigen Dingen nichts wissen will und sich daher einen bemerkenswerten geistlosen Sportler an die Rockschöße hängt. Je anspruchsvoller und herzloser sie sich zeigt, desto mehr wächst seine Liebe, wie

Dem Andenken einer braven Frau

Zum 20. Todestage Julie Bebels / Von Luise Kautsky

Ende November jährt es sich zum zwanzigsten Male, daß Julie Bebel die Augen für immer schloß. Der hier folgende Aufsatz soll sie der Nachwelt ins Gedächtnis rufen.

Julie Bebel besaß Eigenschaften, die aus ihr mehr machten, als nur die stets liebevolle, hingebende und opferwillige Gattin. Vor allem besaß sie Verständnis für die hohe Aufgabe und für die idealen Ziele, in deren Dienst ihr Mann sein Leben gestiftet hatte. Wie hat Bebel unter den Klagen zu leiden gehabt, mit denen so manche Frauen unserer kämpfenden Genossen das Zuhause verfallen, wenn sie nicht einsehen wollen, daß Partei und Politik eben den ganzen Mann erfordern, soll er auf seinem Posten etwas Tüchtiges leisten. Bis ins Alter hat sie sich jene sonnige Heiterkeit bewahrt, die ihr in der Jugend eigen war und die wohl auch den vierundzwanzigjährigen Bebel bezaubert und zu ihr hingezogen hat.

Im Leipziger Arbeitergesangverein hatte er die junge, kräftliche Dichterin kennengelernt. Bebel erzählt, daß er, wie alle, die nicht singen können, dort ersten Satz gesungen habe. Julie aber konnte singen, denn Musik war und blieb ihre Leidenschaft. Für sie gab es nichts Höheres als Konzerte oder Oper und oft erzählte sie mir, daß sie auch in schlimmen Tagen ihren letzten Groschen gegeben habe, um berühmte Sänger oder Sängerinnen zu hören.

Zwei Jahre mußte das Brautpaar warten, ehe es den eigenen Hausstand gründen konnte. Im Jahre 1866 heirateten sie und im Januar 1869 wurde dem jungen Paar sein erstes und einziges Kind geboren, das zu einer Quelle des Glückes und des Trostes für Julie Bebel werden sollte, in den vielen einsamen und schweren Stunden, die das Schicksal für sie noch bereithielt.

Die ersten Ehejahre hatten einen harten Kampf um eine kümmerliche Existenz bedeutet. Um heiraten und sich als selbständiger Drechslermeister etablieren zu können, hatte Bebel Schulden machen müssen, eine Handlung, die seinem ordnungsliebenden Charakter sehr zuwiderlief. Das Elend der Kleinrentiere lernte das Ehepaar gründlich kennen, um so mehr, als der junge Meister durch seine politische Tätigkeit der Berufsarbeit dauernd entzogen wurde. War er doch schon im Februar 1867 in den Reichstag gewählt worden. Erst die nach dem Krieg von 1870/71 einsetzende wirtschaftliche Prosperität machte der ärgsten finanziellen Misere ein vorläufiges Ende. Dafür aber stellten sich andere Schicksalschläge ein. Schon 1869 hatte Bebel zum erstenmal wegen Vorbereitung staatsgefährlicher Lehren auf drei Wochen ins Gefängnis gemußt. Man muß sich vorstellen, wie dieses Ereignis auf das Gemüt des harmlosen jungen Weibes gewirkt haben mag. Diesem ersten Schrecken sollte jedoch bald ein viel heftigerer folgen.

Die Zeit der Gefängnisstrafen

Die Haltung Bebels und Wilhelm Liebknechts während des deutsch-französischen Krieges, vor allem die Tatsache, daß sich die Beiden bei den Bestimmungen über die Bewilligung der Kriegskredite der Stimme enthielten, hatte den ganzen Furor teutonici gegen sie entzündet. Bebel schildert in seinen Lebenserinnerungen die Szene im deutschen Reichstag, als er zu der Forderung weiterer Geldbewilligungen das Wort nahm: „Meine Rede war nicht lang, aber sie erweckte einen Sturm, wie ich ihn seitdem nie wieder mit einer Rede heroorrief. . . Es regnete Unterbrechungen. . . und als ich dann auf die traurige Rolle hinwies, die die deutsche Kapitalistenklasse bei der ersten Kriegsanleihe gespielt hatte und wie ganz anders die französische Bourgeoisie sich dagegen im gleichen Foll benommen habe, brach vollends der Sturm los. Ein großer Teil des Hauses hatte einen förmlichen Tobzuchtanfall; man überschüttete uns mit Schimpfwörtern der größten Art, Duschende von Mitgliedern drangen mit erhobenen Fäusten auf uns ein und drohten uns hinauszuwerfen. Viele Minuten lang konnte ich nicht zum Worte kommen. . .“

Der Lohn für diese Missfallen ließ nicht lange auf sich warten. Am 11. Dezember 1870 war der Reichstag geschlossen worden, am 15. Dezember hatten Bebel und Liebknecht in Leipzig in einer Massenversammlung Bericht über die Verhandlungen des Reichstages erstattet, am 16. Dezember erhielt Bebel eine Erklärung im Leipziger „Volkstaat“, in der er sich gegen die Denunziationen wehrte, durch die er und Liebknecht des Landesverrats zugunsten Frankreichs bezichtigt wurden. Am 17. Dezember stürzte Julie Bebel treudeckelnd zu ihrem in seiner Werkstatt arbeitenden Mann: ein Polizeibeamter sei in der Wohnung erschienen, der Bebel zu sprechen wünsche. Dieser wußte sofort, was das zu bedeuten habe. Er hatte seine Vorbereitungen getroffen und seinen Tisch gemacht, so daß der Beamte bei der nun folgenden Hausdurchsuchung nichts irgendwie Belastendes vorfand. Trotzdem wurde Bebel verhaftet und abgeführt. Hundertundzwei Tage dauerte die quälende Untersuchungshaft, während der Julie ihren Mann nur allwöchentlich einmal im Beisein des Untersuchungsrichters sprechen durfte.

Am 3. März war er, „der Hochverräter“, trotzdem er nicht selbst anwesend sein konnte, in seinem Wahlkreis Glauchau-Reeranz-Bodenstein, dieses Mal als einziger Sozialdemokrat, wieder in den Reichstag gewählt worden, der am 23. März eröffnet wurde. Da Bebel erst am 28. März 1871 aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, konnte er nur einige Tage zu Hause verdrängen und schon am 2. April sehen wir ihn wieder in Berlin, wo er bis Ende Mai ausharren und dem Kreuzfeuer der Gegner standhalten mußte, wozu es ihn auch noch so sehr zu Weib und Kind ziehen und mochte sein Geschäft auch noch so dringend seiner Anwesenheit bedürfen. Dort hatte sich zwar Frau Julie als tüchtige Platzhalterin erwiesen, aber die nun schon so lange währende Trennung von ihrem Mann bedeutete doch eine harte Belastungsprobe für sie. Es sollte aber noch viel Schlimmer kommen.

Für den 11. März 1872 war der Beginn der Schwurgerichtssession anberaumt, in der den drei „Hochverrättern“, August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Adolf Hepner, dem damaligen zweiten Redakteur des Leipziger „Volkstaat“, der Prozeß gemacht wurde. Hepner wurde freigesprochen. Bebel und Liebknecht jedoch wurden der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig befunden und jeder zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt; zwei

Monate wurden ihnen für die Untersuchungshaft angerechnet. Damals hat Julie Bebel bitterlich geweint und hat es nicht fassen können, wie ihr Mann so frivol sein konnte, zu erklären, „Die Verurteilten würden mit ihren Anwälten und ihren Frauen dem Urteil zum Trost in Auerbachs Keller eine Flasche Wein trinken gehen“. „Aber“, schreibt Bebel, „sie war tapfer und ging mit.“

Tapfer war Julie Bebel, das hat sie in diesen schlimmen Zeiten bewiesen und abgemacht hat sie sich in diesem Kampf mit ungleichen Waffen, den ihr Mann führte, zu seiner tüchtigen Schützergattin entwickelt.



Ehe Bebel die Festung Hubertsburg bezog, die er später mit der auf dem Königsstein verlassene, wurden ihm noch wegen Majestätsbeleidigung neun Monate Gefängnis angedroht.

Sein Rechtsanwalt Freitag, dem das Ehepaar Bebel zehlebens große Anhänglichkeit und Dankbarkeit bewahrte, legte bei der sächsischen Regierung durch, daß Bebel, nachdem er die Festungshaft am 14. Mai 1874 absolviert hatte, sechs Wochen pausieren durfte, ehe er seine neunmonatige Gefängnisstrafe in Zwickau antrat. Das waren Festtage für Frau Julie und sie konnte wieder Kräfte sammeln für die neuen Schicksalschläge, die ihr bevorstehen.

Und sie stellten sich nur allzubald ein. kaum zwei Jahre später wurde Bebel wegen Bismarck-Beleidigung und verschiedener anderer in seinen Broschüren begangener Sünden wieder zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er teils in Pöhlensee bei Berlin absoldierte, teils auf seine Bitte in Leipzig absitzen „durfte“, wo er wenigstens seine Familie nahe wußte.

Sein nun achtjähriges Töchterchen mußte zum viertermal Weihnachten ohne den Vater feiern. Ende Mai 1878 wurde ihr Mann ihr endlich zurückgegeben.

Unter dem Sozialistengesetz

Inzwischen aber hatten sich aufs neue dräuende Wetterwolken über der Partei und ihren Führern zusammengezogen. Die Schüsse, die Hödel und Nohling gegen den alten Kaiser Wilhelm abfeuerten, wollte Bismarck als willkommenen Anlaß benutzen, um der verhassten Sozialdemokratie den Todesstreich zu versetzen. Das sollte geschehen durch das am 21. Oktober 1878 in Kraft tretende Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratische Partei — das sogenannte Sozialistengesetz.

„Bismarck mißbrauchte seinen ganzen gewaltigen Einfluß, um die Bevölkerung zum fanatischsten Haß gegen die Sozialdemokratie aufzupelischen.“ Das gelang ihm nur zu gut in der damals herrschenden Atmosphäre. „Die Partei hieß im gegnerischen Lager nur mehr die Partei der Reuegelwürder, der Allesruinerer, die der Rasse den Glauben an Gott, Königtum, Familie, Ehe und Eigentum raube.“ Dem Unternehmertum kam diese Hege gerade recht. „Tausende und aber Tausende von Arbeitern, die als Sozialdemokraten bekannt waren, flohen auf die Straße, es entstand eine Sintflut von Denunziationen, wegen wirklicher und angeblicher Majestätsbeleidigungen, und da sich der Richter auch ein förmlicher Verfolgungsparoxysmus bemächtigt hatte, so wurden Strafen von ein, zwei, drei bis zu fünf Jahren Gefängnis — der Raskaststrafe verhängt. In zwei Monaten wurden fünfhundertsechszwanzig Personen zu rund achthundertzwölf Jahren Gefängnis verurteilt.“

Was da die Frauen der Führer zu erdulden hatten, kann man sich vorstellen. Geschmäht und angepöbel, wozu sie kam, trug Julie Bebel dennoch immer den Kopf hoch und ließ den Mut nicht sinken. Im Gegenteil, durch ihre Festigkeit wurde sie in diesen schweren Zeiten Helferin und Stütze für manche, die vom Sturm noch ärger mitgenommen wurden, als sie selbst. Das schlimmste für die Frauen waren damals die Ausweisungen der Genossen. Durch sie wurden in jenen Jahren ungezählte Existenzen zugrunde gerichtet.

So wurden aus der Stadt Leipzig Bebel, Liebknecht und noch etwa dreißig Genossen ausgewiesen, als über Leipzig im Sommer 1881 der kleine Belagerungszustand verhängt wurde. Bebel und Liebknecht zogen nach Borsdorf, einem kleinen Ort unweit von Leipzig.

Frau Julie trat an die Spitze der mit ihr zurückgebliebenen Frauen, die für die mittellosen, ausgewiesenen Parteigenossen Geld sammelten. Trotz der Hindernisse, die ihr die Polizei dabei in den

Weg legte, führte sie ihr Vorhaben tapfer durch. Ueberhaupt hatte sie in jenen Tagen der neuerlichen Trennung von ihrem Mann viel durchzumachen, denn die Behörden sparten nicht mit Hausdurchsuchungen und Schikanen aller Art. Besonders als Bebel nun auch noch in den sächsischen Landtag gewählt wurde, ließen sie ihren ohnmächtigen Zorn darüber an Frau Julie aus.

Das Jahr 1882 brachte neue Verurteilungen für Bebel, für dessen durch die rastlose politische Tätigkeit überanstrengten Körper diese Gefängnisaußenhalte trotz mancher Härten beinahe schon zu „Herikturen“ wurden. Am 1. November 1882 mußte er in Leipzig wieder eine vier Monate währende Haft antreten, nachdem dieses Jahr in bezug auf Prozesse ein besonders geeignetes gewesen war. Doch alle diese mit beschaffen Quälereien verbundenen Verurteilungen vermochten weder Bebels noch Frau Julies Zuversicht zu erschüttern. Diese Frau war nicht nur bei ihrem Mann in die Schule gegangen, und hatte im steten Umgang mit ihm den Enthusiasmus für den Sozialismus und den Glauben an seinen Sieg eingelesen, nein, sie hatte das richtige proletarische Empfinden schon in die Ehe mitgebracht, und der schnelle Aufstieg ihres Mannes auf der sozialen Stufenleiter hatte daran kein Foto geändert.

Und als allen Verfassungen zum Trotz die deutsche Sozialdemokratie in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes an Stimmen von Wahl zu Wahl zunahm, so daß sie am 19. Februar 1890 einundneunzigtausend Wähler zählte, da ward dieser feste Glaube belohnt, da triumphierten die bisher Verachteten und Gedächten über ihre Verfolger.

Tatsächlich hatte schon die Wahl vom 27. Oktober 1881 gezeigt, daß die Wucht des Sozialistengesetzes gebrochen war, denn mit dreizehn Vertretern war damals die unbeflegbare Sozialdemokratie in den Reichstag eingezogen. Zwar war Bebel nicht darunter — er war mit etwa zweihundert Stimmen in der Minderheit geblieben — aber da er im sächsischen Landtag gewählt war, so ward die Kontinuität seiner parlamentarischen Tätigkeit durch diese Niederlage nicht unterbrochen. Im Juni 1883 kam er dann als Vertreter Hamburgs wieder in den Reichstag, in dem er bis zu seinem Tode, im Jahre 1913, ständig seinen Sitz behielt.

Uebersiedlung nach Berlin

1890 fällt das Sozialistengesetz, und von da an beginnt heller Sonnenchein, die Schatten aus Julie Bebels Leben zu verdrängen.

Die Uebersiedlung der Familie nach Berlin leitet eine Periode des von nun ab unge störten Zusammenlebens ein, das nur von Bebels Agitations- oder Kongressreisen unterbrochen wird.

Bebels Stellung, schon vorher eine hochangesehene, nicht nur bei den Parteigenossen, sondern auch in allen linksgerichteten fortschrittlichen Kreisen, machten sein Haus zu einem vielbesuchten Mittelpunkt, in dem Männer von Namen, Politiker und Schriftsteller aus der ganzen Welt sich einfinden. Doch brachte dieser Umstand Frau Julie sehr ebensovienig aus dem Gleichgewicht, wie früher die ärgste Not und die schlimmsten Verfolgungen. Mit derselben unerschütterlichen Gemütsruhe und der gleichen unerschütterlichen Heiterkeit wurde sie den neuen Anforderungen gerecht, die die überragende Bedeutung ihres Mannes an sie stellten. Ihr inneres Gleichgewicht wurde durch die Ehrungen, die nun im reichen Maße neben dem Manne auch ihr zuteil wurden, nicht gestört. Sie blieb stets die einfache Frau, die nie mehr scheinen wollte, als sie war, und die sich vollkommen glücklich fühlte an der Stelle, an der sie stand. Sie war die pflichttreueste Gattin und Mutter und eine tüchtige, verständige Hausfrau, von einer Gastlichkeit, die das Haus Bebel mit freundlichem, wärmendem Glanz erfüllte.

Und dabei ging sie in diesem Beruf nicht auf, sondern verfolgte eifrig alle Vorgänge in der Partei, versuchte ihrem Mann, so wie früher im Geschäft, auch jetzt nach Kräften in der Erledigung seiner Korrespondenz zu helfen, die allgemach ins riesenhafte anwuchs. Mit Takt und Herzengüte prüfte sie die unzähligen Anliegen, die täglich bei ihm vorgebracht wurden, war er doch in den Augen vieler der Erlöser und Retter aus allen Nöten. Und groß ist die Zahl derer, die sie an seiner Statt beriet und tröstete und denen sie half, soweit es ihre Mittel erlaubten. Und das geschah nicht nur auf materiellem Gebiet, nein, diese schlichte Frau vermochte sich auch in schwere, seelische Konflikte einzufühlen und bewies in solchen Fällen oft eine ganz moderne Denkungsweise, die sie frei von jeder kleinlichen Spießbürgerei hielt. War diese Sinnesart ohne Zweifel einerseits eine Frucht der Lehren, die sie aus dem berühmten Buch ihres Mannes über „Die Frau und der Sozialismus“ und aus dem Zusammenleben mit ihm gezogen hatte, so war Julie doch andererseits eine so selbständige Natur, daß sie sich unbeeinträchtigt und unabhängig ihre Meinung zu bilden wußte.

Bebel hielt ungemein viel auf die Ansichten seiner Frau und erkannte ihre Ebenbürtigkeit mit freudigem Stolz an. Oft sagte er zu uns, es bedeute noch lange nichts, wenn ihn keine Genossen lobten, oder wenn ihm sogar seine Gegner widerwillig Anerkennung zollten, sein strengster Richter sitze zu Hause und der posse hüßlich auf, daß ihm kein Lapfus passiere. Und oft, wenn er ganz vergnügt aus dem Reichstag nach Hause käme und sich einbilde, er habe dort seine Sache ganz besonders gut gemacht, sei ihm zu seinem Erstaunen von seiner Julie gründlich der Kopf gemaschen worden, die an seiner Rede das und jenes und manchmal auch auszuweisen hatte. Diese Selbständigkeit des Urteils verleihe ihr auch bei all ihrer Bescheidenheit eine Glorheit des Auftretens und eine ruhige Würde.

Wir alle, die wir das Glück jahrelangen, nahen, freundschaftlichen Verkehrs mit Julie Bebel genießen durften, brachten ihr darum nicht nur herzliche Zuneigung, sondern auch ehrlichen Respekt entgegen. Und hierzu gestalte sich das Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß sie es war, die ihrem von uns allen geliebten und verehrten Mann stets eine behagliche Umkle, ein glückliches Heim bereitet hatte, wo der Gehefte von den Wäthen und Plagen seiner ermüdenden Tätigkeit ausruhen, wo er die notwendige Kraft für seine Arbeit wiederfinden konnte, und wo er stets Verständnis für seine Sorgen, ein offenes Ohr für seine Klagen, ein treues Herz für Leid und Schmerzen fand.

So bleibt uns die Gestalt Julies Bebels auf immer in Erinnerung, in all ihrer Schlichtheit ein Wesen voll innerer Harmonie, und darum harmonisch wirkend auf alle, die sie kannten und liebten.

